

Pro Militia

ZEITUNG DER «PRO MILITIA» VEREINIGUNG EHEMALIGER UND EINGETEILTER ANGEHÖRIGER DER SCHWEIZER ARMEE
JOURNAL DE «PRO MILITIA» ASSOCIATION D'ANCIENS MILITAIRES ET DE MILITAIRES INCORPORÉS DE L'ARMÉE SUISSE
GIORNALE DI «PRO MILITIA» ASSOCIAZIONE DI EX MILITARI E DI MILITARI INCORPORATI DELL'ESERCITO SVIZZERO

Ein klares Bekenntnis der Politik für eine starke Armee

Arthur Loepfe

Nach einer denkwürdigen Debatte hat das eidgenössische Parlament in der Herbstsession einem Ausgabenplafond von jetzt 5 Milliarden Franken ab 2014 und der Beschaffung von Kampfflugzeugen zugestimmt. Die politischen Verzögerungsmanöver sind bereits im Gange. Unsere Armee braucht jedoch Planungssicherheit und ein klares Bekenntnis der Politik zu einer leistungsfähigen Armee.

In den letzten zwei bis drei Jahren ist wieder Bewegung in die schweizerische Sicherheitspolitik gekommen. Neu angestossen wurde die Diskussion mit der Erarbeitung eines neuen Sicherheitspolitischen Berichts, der dann in eine breite Vernehmlassung bei den Parteien, Kantonen, Verbänden und anderen Interessengruppen ging.

Bedrohungen und Gefahren

Das Ergebnis war erwartungsgemäss nicht weltbewegend. Wer vor dem Bericht für eine starke Armee war, ist es auch nach dem Bericht. Wer vorher gegen eine Armee war, ist es auch nach dem Bericht. Wer vorher eine nochmals wesentlich kleinere Armee im Sinne einer Freiwilligen- und Berufsarmee wollte, will dies auch heute noch. Bleibende grundlegende Meinungsunterschiede bestehen in der Beurteilung der Bedrohungen

und Gefahren. Viele Parlamentarier sehen heute keine Gefahren, denen nicht mit der Polizei und anderen kantonalen Mitteln begegnet werden kann. SP und Grüne wollen nichts wissen von Einsätzen der Armee für die innere Sicherheit. Begriff und Umfang der Sicherheitspolitik wurden in der Diskussion um den Bericht wesentlich erweitert. Je nach politischem Standpunkt werden z.B. die Folgen der Klimaerwärmung oder die AKW als grösste Gefahren für unser Land dargestellt. Auch der Umfang der sicherheitspolitischen Instrumente wird um die Mittel der Kantone, wie z.B.: Bevölkerungsschutz, Polizei, Feuerwehr, Sanität erweitert.

Sicherheitsverbund Schweiz

Der Sicherheitsverbund der Schweiz ist das Resultat eines stärkeren Einbezugs der Kantone und Gemeinden/Städte in die Sicherheitspolitik. Die intensiven Gespräche mit den Kantonen haben deren Bedürfnisse und Interessen für subsidiäre Einsätze der Armee aufgezeigt. Nach der einstigen Zurückhaltung und der Widerstände der Kantone gegenüber subsidiären Einsätzen, werden diese heute von den Kantonen akzeptiert und gefordert. Wichtig ist die Klärung der Einsatz- und Führungsverantwortung für subsidiäre Armee-Einsätze, die Regelung der Kompetenzen und der situativ notwendigen Absprachen. Bund und Kantone haben inzwischen ihre Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen institutionalisiert. Die Koordination aller Sicherheitsinstrumente im Sicherheitsverbund Schweiz erhöht die Sicherheit unseres Landes.

Der vom Parlament ohne grosse Begeisterung zur Kenntnis genommene Sicherheitspolitische Bericht befasst sich mit der ganzen Breite der Sicherheitspolitik – allerdings ohne grösseren Tiefgang. Die Armee ist ein wesentliches Instrument der Sicherheitspolitik. Sie ist die strategische Sicherheitsreserve unseres Landes. Der Bundesrat hat deshalb zusätzlich den Armee-Bericht erarbeitet. Gegenstand des Berichts ist die Weiterentwicklung der Armee, basierend auf der Bundesverfassung und dem Sicherheitspolitischen Bericht. Der Bericht definiert das Leistungsprofil der Armee und soll das sicherheitspolitisch Notwendige mit dem finanziell Tragbaren in Übereinstimmung bringen. Der Bericht be-

stätigt die bisherigen Hauptaufträge der Armee gemäss Bundesverfassung und die Grundsätze, wie bewaffnete Neutralität, Milizprinzip und allgemeine Wehrpflicht.

Heftige Ratsdebatte

Zum Schluss des Berichts, legt der Bundesrat seine Eckwerte für die zukünftige Armee fest: 80 000 Dienstleistende und 4,4 Mio. Fr. Ausgabenplafond. Die SIK des Ständerates wollte Alternativen und verlangte zusätzlich die Prüfung von Varianten mit 60 000, 100 000 und 120 000 Dienstleistenden. Für jede Variante wurden vom VBS die möglichen Leistungen der Armee dargestellt und die nötigen finanziellen Mittel berechnet. Die festgestellten Ausrüstungslücken und der vom Bundesrat und beiden Räten beschlossene TTE waren mit zu berücksichtigen.

Nach heftigen Diskussionen und mehrmaligem Hin und Her zwischen Ständerat und Nationalrat haben sich beide Räte für 100 000 Dienstleistende und eine Erhöhung des Ausgabenplafond von jetzt 4,4 Mia. auf 5 Mia. ab 2014 geeinigt. Eine Armee mit 120 000 Mann hätte ein noch besseres Preis-Leistungsverhältnis, wäre jedoch finanzpolitisch noch schwieriger zu realisieren.

Halbierung des Buchbestandes

Die 100 000 Dienstleistenden entsprechen einer Halbierung des bisherigen Buchbestandes unserer Milizarmee. Bei der Beurteilung der Bestandeshöhe muss man berücksichtigen, dass von unserer Milizarmee stets nur einige Tausend im Militärdienst sind (WK). Die anderen sind zu Hause und an ihrem zivilen Arbeitsplatz. Einer der grossen Vorteile unserer Milizarmee besteht darin, dass im Bedarfsfall nur so viele einberufen werden, wie man braucht und solange man sie braucht. Weiter ist daran zu denken, dass im Ernstfall zwei bis drei Mal pro Tag abgelöst werden muss und bei einer Milizarmee die Leute nach ca. 3 Monaten ausgewechselt werden müssen. Zudem braucht es grosse Bestände für die Logistik, die Führungsunterstützung und die Ausbildung. Die 100 000 mögen nach viel aussehen, sind es aber überhaupt nicht. Auch wenn man nur einen Teil der kritischen Infrastrukturen unseres Landes schützen müsste und gleichzei-



tig wegen einer Katastrophe einem Teil der Bevölkerung Hilfe leisten müsste, reichen sie nicht weit. Allein der Schutz des Flughafens Kloten erfordert ca. 5000 Dienstleistende.

Gestritten wurde vor allem ums Geld und man hat dabei viel Wahlkampfstaub aufgewirbelt. In der Realität sieht es so aus: Der Bundesrat wollte 4,4 Mia. und 80 000 Dienstleistende. Darin nicht enthalten sind die neuen Flieger, die auch der Bundesrat beschlossen hat, wie auch der National- und Ständerat. Wenn man die rund 4 Mia. Fr. für die neuen Flugzeuge auf die nächsten 10 Jahre verteilt, kommt auch der Bundesrat auf 4,8 Mia. jährlich. Und wenn man den Mannschaftsbestand gemäss Nationalrat und Ständerat von 80 000 auf 100 000 erhöht, kostet dies zusätzlich 200 Mio. pro Jahr und so ergeben sich die 5 Mia., wie sie der Nationalrat und dann auch der Ständerat für alles inklusive festgelegt haben.

Bei den Flugzeugen werden rund 50 alte Flugzeuge durch 22 neue Flieger ersetzt. Dies über die nächsten zehn Jahre, im Rahmen eines Rüstungsprogrammes, das wiederum vom Parlament zu genehmigen ist. Ein Finanzreferendum, womit grössere Ausgaben des Bundes dem Volk vorlegt werden können, existiert nicht. Dies wurde in der Vergangenheit mehrmals von der SVP gefordert, aber vom Parlament stets abgelehnt.

Wenn man ein Finanzreferendum wollte und dies vom Volk eingeführt würde, dann würde dies aber

für alle Ausgabebereiche gelten, auch für die Sozialausgaben. Gerade diejenigen wollten damals das Finanzreferendum nicht, die jetzt bei der Armee nach einem rufen. In der letzten Frühjahrsession haben beide Räte hemmungslos zusätzlich 640 Mio. Franken bewilligt. Das Parlament ist sowieso wieder sehr spendierfreudig. So hat der Nationalrat in der Herbstsession für die Kultur über 50 Mio. Franken. mehr ausgegeben als der Bundesrat vorgeschlagen hat. Bei den Massnahmen zur Linderung der Frankenstärke haben alle ein Stück des Kuchens bekommen, nur das VBS ging leer aus.

Eine Volksinitiative zur Verhinderung der Beschaffung neuer Flugzeuge ist selbstverständlich möglich. Auch Bundesräte und Bundesrätinnen haben gegen den Parlamentsentscheid opponiert mit der Begründung, wegen der neuen Flugzeuge würden andere Aufgabenbereiche und Departemente weniger Geld bekommen.

Wie geht es weiter?

Der Bundesrat wird mit grosser Wahrscheinlichkeit noch dieses Jahr den Typenentscheid fällen. Nächstes Jahr werden die neuen Flugzeuge voraussichtlich ins Rüstungsprogramm aufgenommen und im nächsten Sommer oder Herbst dem Parlament zum Entscheid vorgelegt. Damit wird die Diskus-

Inhaltsverzeichnis Table des matières Indice

Bekenntnis zur Armee	1/2
Randbemerkung: Konkordanz oder Arroganz?	2
La politique s'est exprimée clairement pour une armée efficace	2/3
Fermo impegno della politica a favore di un esercito forte	3
Besuch Pro Militia auf St. Luzisteig	4
Non au démantèlement de l'armée	4
Armee und Bundeshaus	5
Hinweise / Indications / Informazioni	6
Buchempfehlungen / Recommendations de livres / Lettura raccomandata	7
Wechsel Chefredaktion	8
Impressum / »Ich trete bei; J'adhère; Mi faccio socio»	8

La politique s'est exprimée clairement pour une armée efficace et crédible

Arthur Loepfe

Après un débat intense, le parlement a approuvé lors de sa session d'automne la proposition d'élever le plafond des dépenses budgétaires à 5 milliards de francs dès 2014 et de soutenir le renouvellement de la flotte des avions de combat. Les manœuvres politiques dilatoires fonctionnent depuis à plein régime mais notre armée a un urgent besoin d'une base de planification sûre et d'un choix politique ferme pour une armée efficace et crédible.

La politique de sécurité est redevenue un sujet d'actualité ces deux à trois dernières années. Si la discussion a repris, c'est à la suite de la parution d'un nouveau rapport sur la politique de sécurité, rapport mis

largement en consultation au niveau des partis, des cantons, de diverses associations et autres groupes d'intérêt.

Dangers et menaces

Conformément aux attentes, le résultat des consultations n'a rien apporté de vraiment nouveau. Les partisans d'une armée efficace et crédible ont campé sur leurs positions alors que ses adversaires lui demeuraient fermement opposés. Les avocats d'une armée à nouveau réduite en effectif et formée de volontaires ou/et professionnelle persistent dans leur opinion. Les différences d'approche fondamentales demeurent au niveau de l'appréciation des dangers et des menaces. Bien des parlementaires

ne discernent aucune menace qui ne puisse être contrée par la police et autres éléments en main des cantons. Socialistes et Verts persistent à ne pas vouloir entendre parler d'engagement de l'armée dans le cadre de la sécurité intérieure.

Ceci étant, le thème et le cadre général de la politique de sécurité ont été approfondis et développés lors de la discussion sur le Rapport. Pour prendre deux exemples, les conséquences du réchauffement climatique et l'appréhension du danger représenté par les centrales nucléaires ont été débattus et différemment appréciés en fonction du positionnement politique, tout comme l'ampleur des moyens en main des cantons et entrant implicitement dans le cadre de la politique de sécurité: protection de la population, police, pompiers et moyens sanitaires.

Le réseau national suisse de sécurité

Le réseau national suisse de sécurité est le produit d'une plus grande implication des cantons et des communes/agglomérations dans le cadre de la politique de sécurité. Les besoins et intérêts des cantons dans le cadre des engagements subsidiaires de l'armée ont pu et du être précisés lors d'intenses discussions.

Les réticences et autres résistances des cantons vis-à-vis des engagements subsidiaires de sécurité ont pu être successivement aplanies et prises en compte. L'important est de bien clarifier les compétences de chacun dans la conduite des engagements subsidiaires de l'armée tout en garantissant le nécessaire dialogue et la tenue des rapports de coordination. La Confédération et les cantons ont su entretemps institutionnaliser leur collaboration en matière de politique de sécurité. La coordination de l'ensemble des instruments dans le cadre du réseau national de sécurité améliore la sécurité de notre pays.

Le Parlement a pris connaissance sans grand enthousiasme du Rapport sur la politique de sécurité qui traite, sans aller trop en profondeur, de l'ensemble du spectre sécuritaire. L'armée est l'un des instruments majeurs de notre politique de sécurité. Elle constitue la réserve stratégique de notre pays. C'est pour cette raison que le Conseil fédéral a élaboré en complément son Rapport sur l'armée. Celui-ci traite du développement de l'armée en s'appuyant sur la Constitution fédérale et le Rapport sur la politique de sécurité. Le Rapport sur l'armée définit lui le profil des prestations de l'armée et met en parallèle ce qui est nécessaire du point de vue de la politique de sécurité et ce qui est supportable au plan financier.

Le Rapport confirme les missions principales de l'armée inscrites dans la Constitution tout comme les principes de base: neutralité armée, armée de milice et obligation de servir.

Des débats virulents aux chambres

Le Conseil fédéral précise, à la fin du rapport, ses choix fondamentaux pour l'armée du futur: un effectif de 80 000 militaires et un budget plafonné à 4,4 milliards de francs. La Commission de politique de sécurité du Conseil des Etats a demandé que soient présentées des alternatives sous forme de variantes comportant des effectifs de 60 000, 100 000 et 120 000 militaires. Le DDPS a présenté, pour chacune des variantes, les prestations envisageables correspondantes ainsi que les moyens financiers nécessaires pour y faire face. Les mesures propres à combler les lacunes constatées au niveau de l'équipement devaient être prises en compte, de même que le remplacement partiel des avions de combat Tiger, décision prise par le Conseil fédéral et les deux Chambres.

Après de virulents débats et des aller et retour entre le Conseil des Etats et le Conseil national, les Chambres se sont décidées en faveur d'une armée de 100 000 hommes et d'un plafonnement élevé de 4,4 milliards à 5 milliards de francs dès 2014.

Une armée de 120 000 hommes aurait permis un meilleur rapport qualité-prix mais sans doute plus difficile à réaliser au plan politico-financier.

Diminution de moitié de l'effectif réglementaire

L'effectif visé de 100 000 hommes astreints signifie une diminution de 50% de l'effectif réglementaire de notre armée de milice actuelle. L'appréciation des effectifs doit pourtant et nécessairement tenir compte du fait que seuls quelques milliers accomplissent leur service au même moment. (CR). Les autres sont chez eux ou à leur place de travail.

L'un des grands avantages de notre système de milice réside dans le fait qu'en cas de nécessité, seuls sont mobilisés pour une durée limitée ceux dont on a réellement besoin. Il faut également prendre en compte qu'il est nécessaire, en cas d'engagement, de relayer les effectifs deux à trois fois par jour et que, dans une armée de milice, les forces engagées doivent être remplacées tous les trois mois.

De plus, il faut prévoir de gros effectifs pour la logistique, l'appui de la conduite et l'instruction. L'effectif de 100 000 peut paraître important. Il ne l'est pas en réalité. Nous serions très vite dépassés s'il

s'agissait, par exemple, de ne protéger qu'une partie des infrastructures de notre pays et que, dans le même temps, une catastrophe survenue impliquerait l'appui à une population sinistrée. La protection du seul aéroport de Kloten nécessite l'engagement de 5000 hommes. On a beaucoup débattu autour de l'argent et largement profité de l'occasion pour s'agiter en pleine période pré-électorale.

En réalité, la situation est la suivante: le Conseil fédéral voulait 4,4 milliards et 80 000 astreints. Le premier chiffre ne comprenait pas l'achat des nouveaux avions de combat, décision entérinée aussi bien par le Conseil fédéral que par les Chambres. Le Conseil fédéral serait lui-même arrivé à un budget de 4,8 milliards s'il s'était agit de répartir sur dix ans le coût de l'achat de nouveaux avions. S'il s'agit en plus de fixer l'effectif à 100 000 plutôt qu'à 80 000, le coût engendré est de 200 millions par année, soit 5 milliards en tout, exactement le montant du budget décidé par le Conseil national et le Conseil des Etats pour l'ensemble de l'opération.

En ce qui concerne les avions, 50 avions anciens devront être remplacés par 22 nouveaux. Cela se fera par le biais d'un programme d'armement réparti sur dix ans et qui devra être approuvé par le Parlement.

Un referendum financier qui stipulerait que de grandes dépenses de la Confédération soient soumises au peuple n'existe pas. Ce vœu, formulé à plusieurs reprises par l'UDC, a toujours été rejeté par le Parlement.

Si l'on était favorable au principe du referendum financier et qu'on le ferait en conséquence approuver par le peuple, ce mode de faire s'exercerait alors sur l'ensemble des charges et devoirs de la Confédération, et donc également pour tout ce qui touche au social. Ce sont exactement les mêmes qui, hier opposés au principe du referendum financier, le réclament aujourd'hui pour les dépenses touchant à la sécurité. Lors de la dernière session de printemps, les deux Chambres ont fait sans grand état d'âme le choix de dépenses supplémentaires pour 640 millions de francs.

Le Parlement est à nouveau atteint de subventionnisme aigüe. Le Conseil national a par exemple décidé lors de la session d'automne de subventionner la culture pour plus de 50 millions supplémentaires à ce que le Conseil fédéral lui proposait. Les mesures prises pour contrer les effets du franc fort ont contenté plus d'un Département. Les parts du gâteau ont été généreusement distribuées à tous, sauf au DDPS, sorti bredouille de l'opération.

Le lancement d'une initiative visant à empêcher l'achat de nouveaux

Randbemerkung

Konkordanz oder Arroganz?

Im Vorfeld der Wahlen wurde immer wieder die Konkordanz beschworen. Meines Wissens kommt dieser Begriff von «Concordia» der römischen Göttin der Eintracht (entspricht der «Harmonia» in der griechischen Mythologie).

Wer das monatelange Parteiengänzank um die Konkordanz vor und nach den Wahlen verfolgt hat, wird den Eindruck nicht los, dass viele Partei-Exponenten dabei an reine Machtpolitik denken, statt an «Eintracht» und an «Harmonie». Aus meiner Sicht jedoch ist die Zeit der reinen «mathematischen Konkordanz» mit einer prozentual adäquaten Vertretung der Parteien im Bundesrat vorbei. Die komplexen Probleme rufen nach einer «inhaltlichen Konkordanz», das heisst, dass sich die konkordanzbereiten Parteien in wichtigen Fragen auf gemeinsame «Regierungsziele» einigen. Dazu ein krasses Beispiel fehlender inhaltlicher Konkordanz:

Voller Widersprüche

Was sich eine langjährige «Bundesratspartei» im Bereiche Sicherheit im Parteiprogramm auf ihre Fahne geheftet hat, ist kaum zu glauben, voller Widersprüche und meilenweit entfernt von echter Konkordanz. Ziel sei die Abschaffung der Armee und deren Ersatz durch internationale Truppen zur Friedenserhaltung im Rahmen eines kollektiven Sicherheitssystems unter Führung der UNO. Mit Verlaub: Wer soll dann die Schweizer Soldaten für diese UNO-Truppen rekrutieren und ausbilden, wenn die Ar-

mee abgeschafft ist? Kommen da Rekrutierungsbeamte aus New York? Wie utopisch diese Forderung ist, zeigt die Passivität der UNO im Libyen-Konflikt, wo wenigstens die NATO teilweise aktiv ist, jedoch die UNO sich nicht einmal zu einer klaren Verurteilung Gaddafis durchringen konnte. Und einem solchen Sicherheitssystem sollen wir unser Land und unsere Kinder und Enkel ausliefern?

Abschaffung oder Umbau?

Im weiteren steht im neuen Parteiprogramm dieser «Bundesratspartei» – nur vier Zeilen nach der Forderung, die Armee sei abzuschaffen – die Armee müsse umgebaut werden, «vorab zum Schutz der Zivilbevölkerung». Was gilt jetzt? Muss sie abgeschafft werden oder ist sie umzubauen? Krasse Widersprüche innerhalb von vier Zeilen des Parteiprogramms einer Partei, die Konkordanz fordert und gleichzeitig frisch fröhlich das verfassungsmässig verankerte sicherheitspolitische Konzept der grossen Mehrheit unserer Bürgerinnen und Bürger bekämpft. Ist das wirklich Konkordanz oder nicht doch eher Arroganz? Parteien, die sich in entscheidenden Fragen nicht einer «inhaltlichen Konkordanz» anschliessen können, sollten den Anspruch auf die reine «mathematische Konkordanz» verlieren und in die Opposition gehen, wo sie auch hingehören.

Das meint

Argus

sion um die Flugzeuge dann wieder beginnen. Der Entscheid des Parlaments ist offen. Der Bundesrat spricht von einem wegen der Flugzeuge möglicherweise notwendigen Gesetzesentwurf für ein Entlastungsprogramm. Gegen ein solches Gesetz kann man das Referendum ergreifen und damit das

Ganze wie mit einer Volksabstimmung um Jahre verzögern. Die politischen Verzögerungsmanöver sind somit bereits im Gange. Unsere Armee braucht jedoch jetzt Planungssicherheit, damit dringende Entscheide gefällt und anstehende Investitionen eingeleitet werden können. Unsere jungen Of-

fiziere und Soldaten brauchen ein klares Bekenntnis der Politik zu einer leistungsfähigen Armee.

Arthur Loepfe, Kaufmann und Ökonom, (Dr. oec. HSG) war von 1999 bis 2011 Nationalrat der CVP. Von 1993 bis 2000 war er Mitglied der Innerrhoder Regie-

rung. 2011 präsidierte er die Finanzdelegation der Eidgenössischen Räte. In der Armeedebatte der vergangenen Herbstsession war der Oberstleutnant Sprecher der Sicherheitspolitischen Kommission.

www.promilitia.ch

Besuchen Sie die Internet-Seite!
Visitez le site internet!
Visitate il sito internet!

avions de combat est bien sûr possible. Même des conseillers et conseillères fédérales se sont opposés publiquement à la décision du Parlement en arguant que d'autres domaines confiés à la Confédération recevraient ainsi moins d'argent.

Et la suite?

Le Conseil fédéral se prononcera très vraisemblablement cette année encore sur le type d'avion choisi.

Les nouveaux avions de combat feront donc probablement partie du prochain programme d'armement soumis au Parlement lors de la session d'été ou d'automne.

Les discussions au sujet de l'avion pourront ainsi reprendre. La décision du Parlement est ouverte. Le Conseil fédéral a émis l'avis qu'un nouvel article de loi portant sur un programme de soulagement suite à la décision sur les avions de combat serait nécessaire et pourrait donc être proposé. Une telle loi pouvant

faire l'objet d'un referendum, le tout pourrait être reporté de plusieurs années de par l'organisation d'un vote populaire.

Ceci étant, et même si le moulin des manœuvres politiques dilatoires tourne à plein régime, ce dont notre armée a aujourd'hui besoin, c'est d'une base de planification sérieuse lui permettant de préparer les décisions pendantes et nécessaires en matière d'investissements.

Nos officiers, sous-officiers et soldats doivent pouvoir compter sur un

choix politique clair en faveur d'une armée crédible.

Arthur Loepfe, entrepreneur et économiste (Dr ès sciences économiques de l'Université de St-Gall) a siégé au Conseil national de 1999 à 2011 (PDC). Il fut membre du gouvernement du demi-canton d'Appenzell, rhodes-intérieures et a présidé en 2011 la délégation des finances des Chambres fédérales. Lors des débats sur l'armée de la dernière session d'automne,

Arthur Loepfe (lt-colonel à l'armée) était le porte-parole de la commission de politique de sécurité.

Fermo impegno della politica a favore di un esercito forte

Arthur Loepfe

Dopo un memorabile dibattito, nella sessione autunnale il Parlamento federale ha approvato un limite di spesa di 5 miliardi di franchi a partire dal 2014 e l'acquisto di velivoli da combattimento. Le manovre politiche di ritardamento sono già in atto. Al nostro esercito occorrono tuttavia sicurezza a livello pianificatorio e il fermo impegno della politica a favore di un esercito forte.

Negli ultimi due a tre anni la politica di sicurezza svizzera si è di nuovo animata. Il dibattito si è riaperto con l'elaborazione di un nuovo rapporto sulla politica di sicurezza che successivamente è stato oggetto di un'ampia consultazione presso i partiti, i Cantoni, le associazioni e altri gruppi d'interesse.

Minacce e pericoli

Come ci si poteva aspettare, l'esito non è stato sensazionale. Chi prima del rapporto era a favore di un esercito forte, lo è anche dopo. Chi era contrario all'esercito è rimasto sulle sue posizioni anche dopo la pubblicazione del rapporto. Chi auspicava un esercito considerevolmente più piccolo, di volontari e professionisti, lo vuole anche oggi. Divergenze d'opinione sostanziali sussistono per quanto riguarda la valutazione delle minacce e dei pericoli. Molti parlamentari oggi non vedono pericoli che non possano essere affrontati con la polizia e altri mezzi dei Cantoni. PS e Verdi non vogliono assolutamente saperne di impieghi dell'esercito a favore della sicurezza interna.

La definizione e l'estensione della politica di sicurezza sono state considerevolmente ampliate durante la discussione sul rapporto. A seconda del punto di vista politico, le conseguenze del riscaldamento climatico o le centrali nucleari sono per esempio indicati come i pericoli più gravi per il nostro Paese. Anche la gamma degli strumenti della politica di sicurezza viene ampliata aggiungendovi mezzi dei Cantoni quali ad esempio la protezione della popolazione, la polizia, i pompieri, i servizi sanitari.

Rete integrata Svizzera per la sicurezza (RSS)

La RSS è il risultato di un maggior coinvolgimento dei Cantoni e dei Comuni/delle città nella politica di sicurezza. Gli intensi colloqui con i Cantoni hanno evidenziato le loro

necessità e i loro interessi in materia di impieghi sussidiari dell'esercito. Dopo il riserbo e le resistenze iniziali nei confronti di tali impieghi, oggi essi sono accettati e richiesti dai Cantoni. In questo contesto è essenziale chiarire la questione della responsabilità per l'impiego e la condotta, del disciplinamento delle competenze e degli accordi necessari in funzione della situazione. La Confederazione e i Cantoni hanno nel frattempo istituzionalizzato la loro collaborazione nelle questioni in materia di sicurezza. Il coordinamento di tutti gli strumenti in materia di sicurezza nell'ambito della RSS incrementa la sicurezza del nostro Paese.

Il rapporto sulla politica di sicurezza, di cui il Parlamento ha preso atto senza grande entusiasmo, si occupa della politica di sicurezza in tutta la sua ampiezza – ma senza approfondimenti sostanziali. L'esercito è uno strumento essenziale della politica di sicurezza; è la riserva strategica del nostro Paese in materia di sicurezza. Il Consiglio federale ha perciò elaborato anche un rapporto sull'esercito, il cui oggetto è l'ulteriore sviluppo fondato sulla Costituzione federale e il rapporto sulla politica di sicurezza. Il rapporto definisce il profilo prestazionale dell'esercito e vuole conciliare quanto è necessario sotto il profilo della politica di sicurezza con quanto è finanziariamente sostenibile. Esso riconferma le attuali missioni principali dell'esercito conformemente alla Costituzione federale e principi quali la neutralità armata e l'obbligo generale di prestare servizio militare.

Vivaci dibattiti parlamentari

Al termine del rapporto il Consiglio federale definisce i parametri fondamentali del futuro esercito: 80000 militari e un limite di spesa di 4,4 miliardi di franchi. La Commissione della politica di sicurezza del Consiglio degli Stati auspicava alternative e ha richiesto anche l'esame di varianti con 60000, 100000 e 120000 militari. Per ogni variante il DDPS ha illustrato le possibili prestazioni dell'esercito e calcolato le risorse finanziarie necessarie. In tale contesto occorre tenere conto delle lacune constatate in materia d'equipaggiamento e della sostituzione parziale della flotta di Tiger decisa dal Consiglio federale e dalle due Camere.

Dopo vivaci discussioni e numerosi

tira e molla tra Consiglio degli Stati e Consiglio nazionale, le due Camere si sono accordate su 100000 militari e un innalzamento del limite di spesa dagli attuali 4,4 a 5 miliardi di franchi a partire dal 2014. Un esercito di 120000 militari avrebbe presentato un rapporto prezzo/prestazione ancora migliore, ma sarebbe tuttavia stato più difficile da realizzare sotto il profilo politico-finanziario.

Dimezzamento dell'effettivo

I 100000 militari previsti corrispondono di fatto a un dimezzamento dell'attuale effettivo regolamentare del nostro esercito di milizia. In occasione della valutazione dell'entità degli effettivi occorre considerare che di volta in volta soltanto poche migliaia dei nostri militari di milizia sono in servizio (corsi di ripetizione). Gli altri continuano a svolgere la loro attività civile.

Uno dei maggiori vantaggi del nostro esercito di milizia risiede nel fatto che in caso di necessità può essere chiamato in servizio soltanto il numero di militari necessari e unicamente per il tempo richiesto. Inoltre, occorre pensare al fatto che in caso effettivo sono necessari da due a tre avvicendamenti al giorno e che in un esercito di milizia il personale deve essere sostituito dopo circa tre mesi. Sono inoltre indispensabili ampi effettivi per la logistica, l'aiuto alla condotta e l'istruzione. I citati 100000 militari possono sembrare molti, ma in effetti non lo sono. Anche se dovesse essere protetta soltanto una parte delle infrastrutture critiche del nostro Paese e contemporaneamente occorresse prestare aiuto a una parte della popolazione a causa di una catastrofe, essi non sarebbero sufficienti. Già soltanto la protezione dell'aeroporto di Kloten richiede circa 5000 militari.

Si è dibattuto soprattutto in merito alle risorse finanziarie e in tale occasione è stato sollevato un gran polverone elettorale. La realtà si presenta come segue: il Consiglio federale voleva 4,4 miliardi di franchi e 80000 militari. Non erano compresi i nuovi velivoli da combattimento, decisi dal Governo e dalle Camere federali. Se si ripartiscono i 4 miliardi per i nuovi velivoli sul prossimo decennio, anche il Consiglio federale arriva alla cifra di 4,8 miliardi annui. Se, come voluto dalle Camere federali, si incre-

menta l'effettivo da 80000 a 100000, si aggiungono altri 200 milioni annui e il totale raggiunge i 5 miliardi, come stabilito, includendo tutto, dal Consiglio nazionale e successivamente dal Consiglio degli Stati.

Per quanto concerne i velivoli da combattimento, una cinquantina di velivoli obsoleti saranno sostituiti da 22 velivoli nuovi. Ciò avverrà nel prossimo decennio, nel quadro di un programma d'armamento che dovrà essere a sua volta approvato dal Parlamento. Un referendum finanziario, in base al quale le spese di maggiore entità debbano essere sottoposte al voto del popolo, non esiste. Esso è stato più volte richiesto in passato dall'UDC, ma sempre rifiutato dal Parlamento.

Qualora si desiderasse un referendum finanziario ed esso fosse effettivamente introdotto dal popolo, si applicherebbe però a tutti i settori di spesa, anche alle spese sociali. Proprio coloro che a suo tempo non hanno voluto il referendum finanziario ora lo reclamano affinché sia applicato all'esercito. In questo contesto, le Camere federali devono pensare senza falsi pudori ai 640 milioni di franchi supplementari. Il Parlamento è comunque nuovamente animato da uno spirito spendaccione. Nella sessione autunnale, ad esempio, il Consiglio nazionale ha speso per la cultura 50 milioni in più di quanto proposto dal Consiglio federale. Nel quadro delle misure per mitigare la forza del franco, tutti hanno ricevuto una fetta della torta e soltanto il DDPS è uscito a mani vuote.

Un'iniziativa popolare per impedire l'acquisto dei nuovi velivoli da combattimento è evidentemente possibile. Anche alcune consigliere e alcuni consiglieri federali si sono dichiarati contrari alla decisione del Parlamento affermando che a causa dell'acquisto dei nuovi velivoli altri settori di compiti e dipartimenti avrebbero ricevuto meno risorse finanziarie.

Come si procederà ulteriormente?

Con ogni probabilità il Consiglio federale deciderà ancora quest'anno il tipo di velivolo che intende acquistare. L'anno prossimo i nuovi velivoli saranno presumibilmente iscritti nel programma d'armamento che sarà sottoposto al Parlamento per decisione nel corso dell'estate o dell'autunno. Così ricomincerà un nuovo dibattito su-

gli aviogetti. La decisione del Parlamento rimane aperta. Il Consiglio federale accenna alla possibilità che a causa degli aviogetti sia necessario un disegno di legge per un programma di sgravio. Contro una tale legge potrebbe essere lanciato un referendum e con una votazione popolare tutto sarebbe posticipato di anni.

Le manovre politiche di ritardamento sono quindi già in atto. Tuttavia il nostro esercito ora ha bisogno di sicurezza a livello pianificatorio affinché possano essere adottate le decisioni urgenti e avviati gli investimenti. Ai nostri giovani ufficiali, sottufficiali e soldati occorre un fermo impegno della politica a favore di un esercito forte.

Arthur Loepfe, commerciante e economista (Dr. oec. HSG), è stato consigliere nazionale per il PPD dal 1999 al 2011. Dal 1993 al 2000 è stato membro del Governo di Appenzello Interno. Nel 2011 ha presieduto la Delegazione delle finanze delle Camere federali. Durante il dibattito sull'esercito della scorsa sessione autunnale il tenente colonnello Loepfe è stato portavoce della Commissione della politica di sicurezza.

Wer ist Pro Militia?

Pro Militia ist eine Vereinigung ehemaliger und eingeteilter Angehöriger der Schweizer Armee sowie von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für die Sicherheit unseres Landes und für eine glaubwürdige Milizarmee einsetzen.

Qui est Pro Militia?

Pro Militia est une association d'anciens militaires et de militaires incorporés à l'armée suisse, ainsi que d'autres citoyennes et citoyens qui s'engagent pour la sécurité de notre pays et pour une armée de milice crédible.

Chi è Pro Militia?

Pro Militia è un'associazione di ex militari e di militari incorporati nell'esercito svizzero nonché di altri cittadine e cittadini che si impegnano per la sicurezza del nostro Paese e per un esercito di milizia credibile.

Über 100 begeisterte Besucher auf St. Luzisteig

Simon Küchler

Es war ein Wagnis, die Mitglieder von Pro Militia zu einem Besuch des Gefechtsausbildungszentrums Ost nach St. Luzisteig zu einer Demonstration der modernen Gefechtsschulung mit Echtzeit-Simulationsunterstützung einzuladen.

Der Mut hat sich gelohnt: Über 100 Mitglieder bekundeten ihr Interesse und kamen nach St. Luzisteig. Sie wurden von der Truppe mit Fahrzeugen am Bahnhof Sargans abgeholt oder auf dem Waffenplatz eingewiesen. Bei Kaffee und Gipfeli ergaben sich viele persönliche

Kontakte und der erste Austausch von Erinnerungen.

Aktuelle Informationen

Der Präsident von Pro Militia, Divisionär a D André Liaudat, eröffnete mit seinem Grusswort das Treffen. Mir selbst war es ein Anliegen, abzuklären, ob die anwesenden Mitglieder auch künftig solche Zusammenkünfte wünschten. Das Ergebnis meiner Umfrage war ebenso überraschend wie erfreulich. Einstimmig wurde der Bedarf nach weiteren solchen Treffen bestätigt. Ein hohes Interesse weckten

die Ausführungen von Divisionär a D Paul Müller, ehemaliger Planungschef der Armee und Kommandant Felddivision 5. Das Thema **Armeevarianten und Kopfstrukturen** war höchst aktuell, wurde doch zwei Tage später im Nationalrat über personelle, finanzielle und zeitliche Eckwerte der Schweizer Armee gestritten. Dank dem gemeinsamen Engagement der Milizverbände, darunter Pro Militia, entschied die grosse Kammer zumindest in deren Stossrichtung. Im Nachgang an unsere Veranstaltung erhielt ich viele anerkennenden Dankesworte für die überzeugenden Ausführungen von Divisionär Müller.

Echzeit-Simulation

Der Kommandant des Ausbildungszentrums Heer (AZH), Oberst Max Fenner, führte uns Besucher in das System der modernen Verbandsausbildung mit Echtzeit-Simulationsunterstützung ein. In der Tat gilt dabei «Big brother is watching you». Jede Bewegung, jede Waffeneinwirkung, jeder Befehl wird in Echtzeit registriert und aufgezeichnet und kann so mit der Truppe anschliessend besprochen werden.

Infanteriebataillon 61

Dieses der Panzerbrigade 11 zugehörige Bataillon, kommandiert durch Oberstleutnant im Generalstab Maurice Schaffner, gewährte uns Gastrecht und betreute uns sehr zuvorkommend. Die Truppe hinterliess einen höchst motivierten Eindruck, sowohl bei den Dienstleistungen zu unseren Gunsten als auch in der Übung. Ihr und ihren Kadern gebührt deshalb unser ganz besonderer Dank.

Tatsächlich erhielten wir auf St. Luzisteig einen anschaulichen Einblick in das weltweit modernste derartige militärische Simulationssystem. Das erweckte einiges Erstaunen, wenn man immer wieder mit Nachrichten über das Nichtfunktionieren der Logistik konfrontiert wird. Das Rätsel wurde gelöst: Das VBS übertrug die Verantwortung für dieses komplexe System samt Wartungspersonal, Betriebseinrichtungen und sogar Gebäuden der RUAG, obwohl ursprünglich die VBS-eigene Armee-Logistik diese Leistungen hätten erbringen sollen. Was diese kosten, blieb offen. Letztlich ist jedoch wesentlich, dass dieses elektronische System zugunsten der Ausbildung der

Truppe in den Lehrverbänden und in den Wiederholungskursen gut funktioniert.

Ein Wort des Dankes

Als Initiant dieses Truppenbesuches danke ich namens aller Teilnehmer dem Chef der Armee, Korpskommandant André Blattmann, der diesen höchst erfolgreichen Tag ermöglicht hat. Wir danken dem Kommandanten des Ausbildungszentrums Heer, Oberst Max Fenner, seinem Stellvertreter, Oberst Zeno Odermatt, für die tatkräftige Unterstützung bei der Organisation sowie beiden Erstgenannten und dem Personal des AZH für die eindrucksvolle Darstellung.

Unser Dank und unsere Anerkennung gehen aber auch an die Angehörigen des Infanteriebataillons 61 für die zuvorkommende Bedienung und ihren eindrucksvollen Einsatz in den Übungen. Unser ganz besonderer Dank geht an Divisionär a D Paul Müller für seine höchst fundierten und wie immer kompetenten Ausführungen. Und nicht zuletzt danke ich der Sekretärin und dem Finanzchef von Pro Militia, Frau Lydia Wenger und Herrn Toni Oesch, für die grosse administrative Unterstützung bei der Vorbereitung der erfolgreichen Veranstaltung. Wir freuen uns, für das nächste Jahr in der Westschweiz einen Truppenbesuch in die Wege zu leiten.

Simon Küchler,
Korpskommandant a D,
Vizepräsident Pro Militia.



Non au démantèlement de l'armée

Martin Chevallaz

L'armée suisse subit depuis des années les assauts répétés d'une gauche traditionnellement antimilitariste et dont l'un des objectifs, repris récemment en congrès à Lausanne, est la suppression pure et simple de l'armée. Cela ne saurait surprendre de la part du plus grand parti conservateur et prétendument progressiste de notre pays. Un parti embourbé dans des certitudes idéologiques d'un autre âge et qui ne partage pas, contrairement à la plupart de ses cousins européens, une attitude responsable face aux exigences de la sécurité. Ce qui est peut-être davantage inquiétant, c'est le comportement de certains partis dits «bourgeois» dont la préoccupation majeure paraît être davantage de défendre des intérêts particuliers immédiats ou des ambitions personnelles plus lointaines que la stabilité à long terme de notre pays. L'attaque récente portée par l'iconoclaste Pierre Maudet contre l'obligation de servir en est un exemple frappant.

Les fondamentaux

La sécurité collective est non seulement un devoir régalién de l'Etat, elle est également l'un des premiers garants de sa stabilité, aussi bien économique que politique. Cette responsabilité ne peut ni ne doit être l'apanage d'un seul courant politique mais bien émaner de l'ensemble des forces républicaines attachées à la défense du bien commun. Citoyen engagé, j'ai la conviction que notre armée, en symbiose avec notre politique

étrangère, constitue le pilier essentiel de notre sécurité. Cette armée doit demeurer une armée de milice car seul ce système est en mesure de la pourvoir en effectifs suffisants et de qualité pour remplir sa tâche. Facteur important de la cohésion nationale et expression d'une légitime volonté de défense, l'armée de milice est la réponse appropriée aux menaces de ce temps. Elle seule, de par l'origine et la formation civile des soldats qui la composent est en mesure de s'adapter, d'innover et, au besoin, de monter en puissance. Un encadrement professionnel est certes nécessaire, en particulier au niveau de l'instruction, voire dans le cadre de tâches permanentes et hautement dépendantes de techniques sophistiquées, mais cet encadrement ne doit pas conduire à la formation d'une armée professionnelle, telle que la connaissent à leurs dépens nos voisins directs, accablés par des coûts exorbitants, un déficit massif de recrutement et une qualité globale déficiente. Un pays soucieux de préserver sa relative indépendance et de rester fidèle à sa politique de neutralité doit pouvoir garantir à son armée les effectifs nécessaires et les moyens utiles à l'accomplissement de sa mission.

L'espoir à l'horizon

Le Parlement fédéral a su récemment, en dépit de l'avis du Conseil fédéral, redonner quelque espoir à l'armée en refusant de poursuivre sur la voie du démantèlement. Ce premier pas vers le retour à la sécu-

rité a été concrétisé par la promesse d'un budget de 5 milliards, un renouvellement à terme de sa flotte aérienne de combat et le maintien de ses effectifs à 100 000 militaires. Espérons que ce positionnement nouveau survivra aux échéances électorales et qu'il permettra surtout de définir, en toute transparence et honnêteté, les prestations attendues de la part d'une armée dont les moyens ont été sciemment réduits en comparaison de ceux attribués à d'autres tâches, certes importantes, mais dont ne dépend pas prioritairement la sécurité du pays.

Une nouvelle approche stratégique

Pour faire face à la «malice des temps» et remédier aux faiblesses induites par certaines réformes précipitées, il est aujourd'hui impératif de répreciser les missions de l'armée, prioritairement dans le cadre de la défense, c'est sa raison d'être, mais également dans le cadre de la sécurité en général, y compris intérieure. Une nouvelle vision stratégique s'impose. Celle-ci doit prendre en compte la formidable imbrication entre les notions de sécurité extérieure et intérieure, lesquelles ne peuvent être aujourd'hui différenciées et vécues comme par le passé. Dans ce contexte, il faut bien souligner que l'aptitude à la défense demeure au cœur des responsabilités régaliennes de tous les Etats et qu'elle engage leur survie! Prétendre qu'il n'y a plus de menaces aux frontières est trompeur au vu des leçons de l'Histoire et du

surarmement global. La réalité est qu'il n'y a aujourd'hui tout simplement plus de frontière aux menaces. La crédibilité de tout système militaire impose que la formation, l'organisation, l'équipement et l'armement soient en parfaite adéquation avec les missions confiées à l'armée dans le cadre de la défense, de la sûreté opérationnelle et de l'appui aux autorités cantonales. Les missions confiées à celle-ci et les performances que l'on attend d'elle sont les éléments déterminants pour fixer son budget, ses effectifs et son organisation. L'évolution de la menace, les développements importants de la technologie, en particulier en matière de guerre de l'information et la soudaineté des opérations nous imposent d'adapter nos moyens à la réalité. Toutes les forces armées comparables, en particulier celles des petits Etats neutres d'Europe, tel la Finlande, le font.

Sécurité par la coopération

Le principe de la sécurité par la coopération, au plan intérieur comme au plan international, doit demeurer l'une de nos lignes de force fondamentales. L'armée constitue la seule réserve stratégique du pays en cas de menace ou de crise grave. Elle seule dispose des capacités en effectif, matériel, logistique, armement, structure et moyens de conduite pour intervenir ou venir en aide et en appui aux autorités cantonales, elles-mêmes en charge de la sécurité intérieure et



dont les effectifs de police sont notamment insuffisants. Dans ce contexte, l'aptitude à collaborer entre tous les organes de sécurité des communes, des cantons et de la Confédération doit être développée, entraînée et même, ici et là, tout simplement rétablie. Au plan international, l'armée, telle que le lui dicte sa mission, doit pouvoir continuer à s'engager dans des opérations de maintien de la paix tout en respectant le principe de la neutralité. Notre pays ne faisant partie d'aucune alliance militaire, il est d'autant plus important de maintenir un certain degré de savoir faire en matière de coopération, en particulier avec nos voisins directs. La prospérité dont notre Pays a pu bénéficier ces dernières décennies n'est pas due à la seule Providence, au dynamisme de nos entrepreneurs, au génie de nos politiques ou à la qualité de notre travail. La stabilité et la sécurité garante de paix demeurent des facteurs fondamentaux du développement et du bien commun.

Martin Chevallaz, ancien officier général et président du Parti Bourgeois et Démocratique du canton de Vaud.

Armee und Bundeshaus – Kehrtwende?

Bundesbeschluss zum Armeebereich 2010 im Gegensatz zu Bundesrat Zur Verwirklichung ist finanzieller Tatbeweis des Parlamentes erforderlich

Am Ende der Herbstsession 2011 fasste das Parlament nach einem zähen partei- und sachpolitischen Ringen um den Armeebereich 2010 einen nicht dem Referendum unterstehenden Bundesbeschluss. Dieser weicht personell und finanziell von den «Eckwerten für die Weiterentwicklung der Armee» des Bundesrates ab und schafft eine neue Ausgangslage.

Die Eidgenössischen Räte zogen damit einen vorläufigen Schlussstrich unter das militärpolitische Gezänke um Bestände, Finanzierung und Flugzeuge der Schweizer Armee. Sie entschieden sich gegen die bundesrätlichen 80 000 Armee-

angehörigen (AdA) und 4,4 Milliarden Franken, sondern für 100 000 Militärdienstpflichtige und für einen jährlicher Ausgabenplafond von 5 Milliarden Franken ab 2014. Darin sind jedoch die zu schliessenden Ausrüstungslücken und der Tiger-Teilersatz inbegriffen. «Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament bis spätestens Ende 2013 eine Botschaft zur Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee vorzulegen.»

Unerfüllte Forderungen

Kurzichtig ist, dass die Forderung der durch alle militärischen Milizvereinigungen unterstützten Schweizerischen Offiziersgesellschaft nach einem Sollbestand von mindestens 120 000 AdA nicht durchgedrungen ist. Soviele wären erforderlich, damit die verfassungsmässigen Aufträge bedrohungsgerecht erfüllt werden können, und die Durchhaltefähigkeit auch bei länger dauernden Einsätzen gewährleistet ist.

Immerhin hinderte das Parlament den Bundesrat daran, seine strategisch nicht durchdachte und die verfassungsmässige Militärdienstpflicht (BV 59) unterlaufende Bestandesvorgabe von 80 000 AdA zu verwirklichen. Zudem bleibt die Zahl der Durchdiener (freiwillig, Ausbildungsdienstpflicht ohne Unterbrechung) bei höchstens 15% eines Rekrutenjahrgangs, wie bereits im Militärgesetz festgelegt ist (Art. 54a). Dieser Prozentsatz ist zwar nach wie vor übertrieben, erstens, weil kein so hoher Bedarf an dauernd Militärdienstleistenden besteht. Zweitens ist das Kosten-/Nutzenverhältnis der Durchdiener ungenügend, und drittens gehen der Armee zahlreiche Kaderanwärter verloren.

Sperrfeuer der Medien

Vor, während und nach der Session kam die Armee unter heftigen Beschuss gewisser Medien, zum Beispiel in der Zeitschrift «Saldo» vom 12. Oktober 2011 (Saldo: nach Duden «der Unterschiedsbetrag zwi-

Wenn man die Inflation berücksichtigt, sind die Ausgaben für die Landesverteidigung seit 1990 um mehr als 40% gesunken. Insgesamt musste die Landesverteidigung 2003–2007 mit über 1,9 Milliarden Franken weniger auskommen als ursprünglich angenommen, dies als Folge von Änderungen in den Finanzplänen, der Entlastungsprogramme 2003 und 2004 und von Kreditsperren.

Quelle: Überprüfung der Zielsetzungen der Armee – Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung gemäss Artikel 149b des Militärgesetzes vom 13. Februar 2008.

schen der Soll- und der Habenseite eines Kontos»). 4,4 oder 5 Milliarden Franken seien nur ein Teil des wirklichen Aufwandes, weil weitere Ausgaben unter anderen Rubriken des Bundesbudgets erschienen. So werden akribisch alle möglichen Zahlen zu einer Vollkostenrechnung der Armee von angeblich rund 9 Milliarden Franken zusammengetragen. So weit die (sinkende) Sollseite belegt, so einigermassen gut, wenn auch schon längst bekannt.

Nun gehörten zu einer ernsthaften Konsumenteninformation auch Grund und Nutzen eines Produktes, einer Einrichtung oder einer Dienstleistung, also die Habenseite. Weit gefehlt: Die verfassungsrechtliche Grundlage und die demokratische Rechtfertigung der Armee wird übergangen. Ausgeblendet wird der staatspolitische Nutzen, darunter der Schutz unseres Landes, der Zusammenhalt aller Bevölkerungsschichten und das Milizprinzip.

«Saldo»: unvollständig saldiert

Vermisst wird der volkswirtschaftliche Ertrag aus dem Aufwand der Armee für den «Sicherheitsraum

Schweiz». Dieser ist erstens eine Voraussetzung für den Finanz- und Arbeitsplatz. Zweitens fliesst der grössere Teil der Militärausgaben zurück in die eigene Wirtschaft. Dies wird insbesondere bei der Flugzeugbeschaffung der Fall sein. Voraussichtlich wird die ganze Auftragssumme an den ausländischen Anbieter in Form von Kompensationsgeschäften in die Schweiz zurückfliessen. Dazu kommt Wissensübertragung von Hochtechnologie aus dem Ausland. Drittens ist die Armee nach wie vor die beste und kostengünstigste Ausbildungsstätte für junge Kader, insbesondere für Klein- und Mittelbetriebe (siehe: «Armee und Wirtschaft», «Pro Militia» 3/2011).

Im zweiten Teil des Artikels lässt sich «Saldo» durch einen ehemaligen hohen Militärbeamten instrumentalisieren. Dessen altbekannte Behauptungen nimmt jedoch kein mit der Wirklichkeit vertrauter Fachmann mehr Ernst. Seine Aussagen sind grösstenteils einseitig und unvollständig, namentlich die Vergleiche mit Finnland und Österreich. Dies gilt auch für neue Kampfflugzeuge als Tiger-Teilersatz, der «auf viele Jahre hinaus als unnötig» erachtet wird.

Tatbeweis des Parlamentes

Mit dem zustande gekommenen Bundesbeschluss als Planungsauftrag an das VBS ist erst ein Vorgefecht gewonnen. Der Tatbeweis zugunsten der Landesverteidigung ist Sache des neu gewählten Parlamentes sowohl bei der Budgetierung und Finanzplanung des Bundes als auch bei den geänderten Rechtsgrundlagen der Armee. Der Verteilungskampf wird bei den künftigen Mehrheitsverhältnissen im Nationalrat nicht leicht sein. Dort haben die Armee befürwortenden FDP und SVP am 23. Oktober zusammen 13 Sitze eingebüsst.

Die ausserdienstlichen militärischen Milizvereinigungen sind aufgerufen, ihre Anstrengungen zugunsten einer glaubwürdigen und verfassungsmässigen Armee nicht nur weiterzuführen, sondern zu



verstärken. Dies umso mehr, als dass die Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) und ihrer Verbündeten vor der Einreichung steht, und mit einer solchen gegen den Tiger-Teilersatz zu rechnen ist.

Wie sagte der russische Schriftsteller, Offizier und Nobelpreisträger Alexander Solschenizyn (1915–2008): «Um sich zu verteidigen, muss man auch bereit sein zu kämpfen.»

*Heinrich L. Wirz,
Bundeshaus-Redaktor.*

Die Armee hält die Kernkompetenz Verteidigung aufrecht und entwickelt sie weiter, unterstützt mit dem Gros und einer Ablösung subsidiär die zivilen Behörden und ist fähig, 1000 Armeeangehörige für humanitäre Hilfeleistungen und die Friedensförderung einzusetzen.

Quelle: Bundesbeschluss zum Armeebereich 2010 vom 29. September 2011.

Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates

Streumunition: Die Schweiz soll das Übereinkommen nicht ratifizieren Medienmitteilung vom 18.10.2011 (Auszug)

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates (SiK-N) beantragt mit 13 zu 11 Stimmen bei 2 Enthaltungen nicht auf die Ratifizierung des Übereinkommens über Streumunition einzutreten. Das Übereinkommen statuiert ein umfassendes Verbot von Streumunition. Im Falle einer Ratifikation müssten die Schweizer Bestände von Artilleriemunition, die unter das Verbot des Abkommens fallen, zerstört werden. Gemäss der Mehrheit der Kommission wurden die Konsequenzen ei-

ner Ratifikation des Übereinkommens auf die Schweizer Armee bislang zu wenig beachtet. So würde eine Ratifikation des Übereinkommens die Schweiz mit ihrer Verteidigungsarmee benachteiligen und ihre Verteidigungsfähigkeit übermässig schwächen. Da die Schweiz neutral ist und entsprechend keinem Verteidigungsbündnis angehört, muss sie in der Lage sein, ihre Verteidigung autonom sicherzustellen. Die Streumunition stellt dazu ein wichtiges Mittel dar. Da die Schweizer Armee Streumu-

munition nur im Verteidigungsfall und nur auf Schweizer Hoheitsgebiet einsetzen würde, wird die internationale Gemeinschaft durch den Bestand der Streumunition der Schweizer Armee keinesfalls gefährdet. Schliesslich weist die Kommissionsmehrheit darauf hin, dass bedeutende Staaten dem Übereinkommen nicht beigetreten sind.

Die Kanistermunition der Schweizer Armee ist eine wirkungsvolle Defensivwaffe, die nur im Verteidigungsfall gegen einen militärischen

Angriff zum Einsatz kommt. Ein Ersatz durch teurere, aber weniger wirksame intelligente Munitionssorten, zusätzliche Panzer oder sogar Kampfhelikopter ist unverhältnismässig und politisch nicht opportun. Die Schweiz soll wie das ebenfalls neutrale Finnland mit Bezug auf die legitime Selbstverteidigungsfähigkeit auf die Ratifikation des Übereinkommens verzichten.

(Red.)

Hochwasser vom 10. Oktober im Kandertal

«Dass wir bereits am Dienstagabend Militär im Einsatz hatten, das haben wir dem Verwaltungskreis-Führungsstab zu verdanken. Dort sind Leute dabei, die im Militär Führungsfunktionen innehaben. Anstatt das Formular herumzureichen, genügt ein Telefon des Statthalters Christian Rubin. Er hat Bundesrat Ueli Maurer bei seinem Besuch am Mittwoch im Kandertal aufgezeigt, dass es Tage gedauert hätte, wären wir den ordentlichen Weg gegangen.»

Quelle: «Der Bund» vom 15.10.2011. Interview mit Frinz Inniger, Präsident der 800-Seelen-Gemeinde Kandergrund, die vom Hochwasser schwer getroffen wurde (Auszug).

100 Jahre Militärakademie

General Ulrich Willes Nachfolger

Bundesratsbeschluss vom 27. März 1911: Militärschule am Polytechnikum in Zürich

Die Militärbürokratie ist die schlimmste aller Bürokratien. Sie ist der grösste Feind der Milizarmee.

Diesen grundlegenden Leitgedanken blühte der Professor und nachmalige General Ulrich Wille (1848-1925) seinen Studenten ein. Sein oberstes Ausbildungsziel war die Kriegstüchtigkeit von Wehrmann und Truppe.

Seit 1911 werden angehende Berufsoffiziere der Schweizer Armee an der ETH Zürich ausgebildet. Die militärwissenschaftliche Schulung dauert drei Jahre und endet mit einem anerkannten akademischen Abschluss. Im Herbst 2011 stehen rund 80 Offiziere in der Grund- und 65 Offiziere in der Weiterausbildung.

Rückblick: steiniger Weg

1851 lehnte das Parlament einen Entwurf des Bundesrates ab, am neu zu gründenden Polytechnikum (1855; heute ETH Zürich) einen Lehrstuhl für «Kriegswissenschaften» zur Weiterbildung der Milizoffiziere einzurichten. 1874 bildete die neue Militärorganisation die Grundlage für eigene Kurse. 1878

wurde Oberst im Generalstab Emil Rothpletz erster Professor für Militärwissenschaften an der Militärabteilung des Polytechnikums. 1907 wurde Oberstdivisionär (ab 1914 General) Ulrich Wille ordent-



licher Professor und 1909 Vorsteher der militärwissenschaftlichen Abteilung des Polytechnikums.

Aufgrund der Militärorganisation von 1907 wurde 1911 eine Militärschule für Instruktoressen geschaffen und dem Eidgenössischen Militärdepartement (EMD) unterstellt. Nach einer Reorganisation 1929 kam 1943 eine Militärakademie nicht zustande. Der Zeitraum nach dem Zweiten Weltkrieg war geprägt durch eine schrittweise verbesserte Ausbildung der Instruktoressen an den Militärschulen

I, II und III. 1981 schuf der Bundesrat für die Einheit von Forschung und Lehre sowie die rechtliche und organisatorische Trennung der Militärschulen von der militärwissenschaftlichen Abteilung der ETH.

Nach einer Zwischenphase «Militärische Führungsschule» ab 1988 wird diese 2002 zur Militärakademie an der ETH Zürich (MILAK). Ab 2001 führt der drei-jährige Studiengang zum Bachelor-Abschluss, ab 2011 unter der neuen Bezeichnung «Bachelor of Arts ETH Zürich in Staatswissenschaften». Nach 17 Wochen Praxis folgt das «Eidgenössische Diplom als Berufsoffizier der Schweizer Armee».

Wichtig: zwei Funktionen

Anlässlich der 100-Jahrefeier vom 9. September 2011 an der ETH Zürich beurteilte Divisionär Daniel Roubaty, Kommandant Höhere Kaderaus- und Weiterbildung der Armee (HKA), die heutige Berufsoffiziersausbildung und blickte in deren Zukunft. «Werden unsere Berufsoffiziere so ausgebildet, dass sie tatsächlich den Bedürfnissen der Armee entsprechen?» Sind sie mit Offizieren aus-

ländischer Armeen überhaupt vergleichbar?

Seine Antwort: «Nur teilweise, weil unsere Offiziere in einer Milizarmee tätig sind und die anderen in einer Berufsarmee.» Die schweizerische Besonderheit – im Ausland immer wieder zu erklären – sei zum Beispiel die gleichzeitigen Funktionen als Truppenkommandant und als Ausbilder in militärischen Schulen. Erst die Höheren Stabsoffiziere hätten nur noch eine Funktion inne.

Ausblick: Miliz ausbilden!

Die Schulung der Milizoffiziere sei kurz und sehr praxisorientiert. «Deswegen ist es unabdingbar, dass die Ausbilder in diesen Lehrgängen selber eine Führungsfunktion in der Milizarmee ausüben oder ausgeübt haben.» Nur so könne die Verbindung zum Milizkader gehalten werden, das auch in Zukunft Soldaten ausbilden soll. Den ursprünglich in der Armee XXI geplanten Einsatz von Zeitoffizieren in der Grundausbildung «betrachte ich als einen Misserfolg».

Der Kommandant HKA setzt sich dafür ein, dass die Aus- und Weiterbildung der künftigen Berufsof-

fiziere anpassungsfähig bleibt, ohne langjährig bewährte Konzepte permanent zu reformieren. Die Substanz der Schweizer Milizarmee sei an der Ausbildungs- oder an der Einsatzfront zu finden und nicht in der Zentrale in Bern.

Seine drei Hauptanliegen zur Ausbildung künftiger Berufsoffiziere sind erstens ein akademisches Niveau zum Erhalt einer glaubwürdigen Milizarmee im In- und Ausland. Zweitens soll der Berufsoffizier in der Milizarmee primär in der Ausbildung eingesetzt werden. Dazu brauche es auch den Bezug zu einsatzerprobten Streitkräften. Drittens soll die weitere Schulung der Berufsoffiziere, auch im Ausland, neben der Allgemeinbildung auf bestimmte Funktionen ausgerichtet sein – zum grösstmöglichen Nutzen für die Schweizer Armee.

Heinrich L. Wirz

Quellen:

Hans Rudolf Fuhrer: 100 Jahre Militärschule an der ETH. ASMZ, Nr. 09 und 10/2011.

100 Jahre MILAK. Mediendokumentation, Zürich, September 2011.

Neue Strategie für den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz

Medienmitteilung des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport vom 9. November 2011 (Auszug)

Eine Verbesserung der Kooperationsmechanismen zwischen Bund und Kantonen, interkantonale Stützpunkte mit der notwendigen Ausrüstung und eine Überprüfung des Dienstpflichtsystems – dies sind wesentliche Eckpfeiler des Berichts zur Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+ des Bundesrates

Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Urner Regierungsrates Josef Dittli hat die Strategie verfasst und zeigt darin auf, wie das Verbundsystem Bevölkerungsschutz und der Zivilschutz an die neuen Herausforderungen anzupassen sind. Der Bundesrat hat den Bericht in eine Vernehmlassung bei Kantonen, Parteien und Verbänden geschickt.

Der Bevölkerungsschutz ist das sicherheitspolitische Instrument der Schweiz, das primär für die Bewältigung von Katastrophen zuständig ist. Die in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen sind zwar mehrheitlich positiv, dennoch muss der Bevölkerungsschutz für die Zukunft weiterentwickelt und angepasst werden. Er ist noch konsequenter auf die Bewältigung von natur- und technikbedingten Katastrophen und Notlagen auszurichten, weil solche Ereignisse in Zukunft auch die Schweiz häufiger und stärker betreffen könnten.

Neue Elemente sind eine stärkere Koordination zwischen den verschiedenen Partnerorganisationen auf gesamtschweizerischer Ebene durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS). Weiter werden die klaren Ansprechstellen bezeichnet – im Sinne von zentralen «Eingangs- und Ausgangstoren» – auf Stufe Bund und Kantone für den Alltag und die Ereignisbewältigung sowie eine generelle Überprüfung der Zusammenarbeitsmechanismen und -plattformen auf Stufe Bund und Kantone.

Das Dienstpflichtsystems wird überprüft: Das heutige System verursacht im Bevölkerungsschutz verschiedene Probleme: Es können teilweise zu wenige für die Aufgaben qualifizierte Personen rekrutiert werden (v.a. im Zivilschutz), und die Regelung der Dienstpflicht und Entschädigung bei den milizbasierten Partnerorganisationen ist teilweise ungleich. Es soll deshalb eine Studiengruppe eingesetzt werden, die prüft, ob und wie diese Nachteile behoben werden könnten. Das Milizsystem wird damit nicht in Frage gestellt, ebensowenig die Priorität der Militärdienstpflicht.

Partnerorganisationen

Der Zivilschutz ist eine der fünf Partnerorganisationen im Verbund-

system Bevölkerungsschutz. Ursprünglich auf den bewaffneten Konflikt ausgerichtet, ist der Zivilschutz seit der letzten Reform (2001) auf die Bewältigung von Katastrophen und Notlagen fokussiert. Um die ihm zugeordnete Rolle spielen zu können, muss der Zivilschutz noch effizienter und wirksamer organisiert und ausgerüstet werden. Gewiss Elemente beim Zivilschutz haben sich bewährt und sollen deshalb beibehalten werden, so z.B. die föderalistische Organisation, die grundsätzliche Zuständigkeit der Kantone und die Werterhaltung der bestehenden Schutzbauten. Eine Arbeitsgruppe aus Vertretern von Bund und Kantonen sowie der Partnerorganisationen hat unter der Leitung von Regierungsrat Josef Dittli zu diesem Zweck einen Bericht zur Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+ verfasst.

Bevölkerungsschutz

Der Bevölkerungsschutz ist ein Verbundsystem von Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, technischen Betrieben (Elektrizität, Wasser- und Gasversorgung und -entsorgung, Verkehr, Kommunikationsinfrastruktur) und Zivilschutz. Dieses Verbundsystem funktioniert grundsätzlich gut. Vieles hat sich bewährt und soll

deshalb beibehalten werden, so z.B. die grundsätzliche Zuständigkeit der Kantone und die Zusammenarbeit mit der Armee. Gleichzeitig besteht aber auch Handlungsbedarf, um das System weiter zu verbessern. In enger Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen soll das Verbundsystem deshalb weiterentwickelt und angepasst werden.

Zivilschutz

Der Zivilschutz hat einen zunehmenden Bedarf an qualifizierten Schutzdienstleistenden, bisher können aber nur militärdienstuntaugliche Personen rekrutiert werden. Die geplante Studiengruppe zum Dienstpflichtsystem soll prüfen, ob und wie dieser Nachteil behoben werden kann.

Angesichts der Bedrohungslage und der realen Bedürfnisse des Zivilschutzes sind die heutigen Bestände insgesamt zu hoch. Sie sollen reduziert werden, insbesondere soll die Reserve abgeschafft werden.

Jeder Kanton muss über genügend Mittel für die Basisleistungen des Zivilschutzes verfügen. Spezialisierte personelle und materielle Mittel sollen neu aber in interkantonalen Stützpunkten zusammengelegt werden. Diese Stützpunkte sollen so ausgerüstet werden, dass sie nicht die Mittel der Armee dupli-

zieren. Die Armee bleibt auf Stufe Bund das Reservemittel, um die Kantone bei der Bewältigung von Katastrophen und Notlagen subsidiär zu unterstützen.

Um interkantonal eingesetzt werden zu können, muss der Zivilschutz Interoperabilitätskriterien erfüllen. Der Bund soll gemeinsam mit den Kantonen solche Kriterien erarbeiten, insbesondere für Teilbereiche der Führung, der Ausbildung und des Materials.

Verabschiedung im Frühjahr 2012

Nach Abschluss der Beratung des vorliegenden Berichts des Bundesrates zur Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+ soll die Umsetzung innerhalb von zwei Projektorganisationen erfolgen: eine zum Bevölkerungsschutz und eine zum Zivilschutz. Die Frage der allfälligen Anpassung des Dienstpflichtsystems wird davon getrennt angegangen, mit der Einsetzung einer eigenen Studiengruppe.

Der Bericht geht nun bis am 20. Februar 2012 in eine Vernehmlassung bei Kantonen, Parteien und Verbänden. Der Bundesrat wird den bereinigten Entwurf voraussichtlich im Frühjahr 2012 zuhanden der Eidgenössischen Räte verabschieden.

Buchempfehlungen / Recommandations de livres

Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71: Ende der französischen Vorherrschaft in Europa – politische Einigung der Deutschen



«Politisch folgenreich blieb die Abtretung Elsass-Lothringens an Deutschland und die daraus folgende Politik Bismarcks als Reichskanzler, Frankreich in Eu-

ropa politisch zu isolieren, damit es nicht in einem Bündnissystem gegen Deutschland Platz fand, um Revanche zu nehmen. [...] Hier liegt einer der Gründe für die «Ur-Katastrophe» des 20. Jahrhunderts, den Ersten Weltkrieg.» (Aus der «Einleitung der Herausgeber»)

Das Ende des Französischen Kaiserreiches 1870 unter Napoleon III und die Gründung des Deutschen Kaiserreiches 1871 unter Wilhelm I erschütterten das durch den Wiener Kongress 1815 geordnete Europa. Es hatte auf dem Gleichgewicht der fünf europäischen Grossmächte Frankreich, Grossbritannien, Österreich, Preussen und Russland beruht.

Der Krieg von 1870/71 prägte Deutsche und Franzosen, denn riesige Heere kämpften mit allen verfügbaren Ressourcen gegeneinan-

der. Frankreich verlor durch die militärische und politische Niederlage seine Vormachtstellung auf dem europäischen Kontinent und zudem, besonders schmerzlich, Elsass-Lothringen (bis 1918, am Ende des Ersten Weltkrieges). Allerdings blieb Frankreich unter den gleichberechtigten europäischen Grossmächten.

Das Werk enthält in vier Teilen mehrere Beiträge zu verschiedenen Gesichtspunkten des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71. Im gewichtigsten ersten Teil «Die politischen und militärischen Ereignisse» werden die Vorgeschichte vom Wiener Kongress bis zum Kriegsausbruch, der militärische Verlauf und die Folgen dargestellt. «Der Krieg gegen Frankreich 1870/71 kann nach wie vor als Paradebeispiel für die Bereiche Kriegsauslösung, Friedensschluss sowie Kriegsfolgen gelten.» Durch

die Internierung der «Bourbaki-Armee» 1871 war auch die Schweiz zeitweilig am Kriegsgeschehen beteiligt.

Im zweiten Teil «Waffentechnik, Waffengattungen und Taktik» wird unter anderem die – trotz allen soldatischen Mutes – «Befehlshörigkeit» der Franzosen der Auftrags-taktik und Selbständigkeit der deutschen Truppenkommandanten gegenübergestellt, ausschlaggebend für ihr Siegen. Der kleinere Teil drei «Wirtschaft und Gesellschaft» und der umfangreiche Teil vier «Völkerrecht» umfassen einerseits die wirtschaftlichen Folgen des Krieges in beiden Ländern und andererseits dessen Bedeutung für die Entwicklung und Kodifizierung des Kriegsvölkerrechts. Das Wissen über diesen Krieg ist unverzichtbar, um die Ursachen des Ersten und damit auch des Zweiten Weltkrieges, sowie der heutigen po-

litischen Ordnung in Europa zu verstehen. Der Sammelband zum 140. Jahrestag gibt einen anschaulichen und für jedermann lesbaren Überblick.

Heinrich L. Wirz.

Jan Ganschow, Olaf Haselhorst, Maik Ohnezeit (Herausgeber):

Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71. Vorgeschichte – Verlauf – Folgen.

472 Seiten, Schwarzweiss-Abbildungen, Zeittafel, Karte, gebunden.

Ares Verlag, Graz 2009.

ISBN 978-3-902475-69-5

Verkaufspreis: Euro 29.90 / Fr. 51. –

Démocratie et indépendance, liberté et sécurité

La Suisse: volonté de défense et de résistance?



«Sécurité intérieure et extérieure sont en ce moment les parents pauvres de nos institutions. New York, Londres, Madrid, Oslo : à quand Genève ou Zurich? Terrorisme, organisations criminelles, cybercriminalité et conflits armés rongent notre planète. De nouveaux périls, comme la guerre de l'eau, doivent être envisagés et donc prévenus. Notre armée est-elle prête?»

Christian Lüscher, Conseiller national, dans sa préface.

Le politiquement correct a, durant ces dernières années, anesthésié le débat politique. Au sujet de la politique de sécurité et de l'existence d'une armée garantissant notre indépendance, la Suisse nage entre l'immobilisme de certains politiques et l'angélisme des autres. Cette attitude bien particulière des élus en période d'indécision se retrouve régulièrement dans l'histoire.

Il suffit de penser à l'attitude des Européens face au nazisme montant durant les années 1930. Plus près de nous, l'exemple actuel et inquiétant d'une Suède se désarmant à outrance, tout comme une grande partie de l'Europe, alors que la Russie augmente sans cesse son potentiel militaire, doit nous faire réfléchir.

Dans un monde complexe, en perpétuelle mutation, aux perspectives de plus en plus incertaines, voire orageuses, que peut signifier

en général, et en particulier pour la Suisse, la volonté de défense de ses libertés, de sa démocratie et de son indépendance? Quelles sont les menaces actuelles, difficiles à identifier mais bien réelles?

Le refuge sous l'aile d'une entité plus vaste, comme par exemple l'UE et l'OTAN, est-ce une solution valable compte tenu de leur faiblesse militaire actuelle? La volonté permanente de défense est une qualité précieuse et éprouvée. C'est elle qui, dans les moments critiques, permet à une communauté, à un peuple, à un Etat, d'assurer leur survie et leur dignité.

La présente analyse nous interpelle. Elle s'adresse à chacune et chacun de nous et notamment à celles et ceux qui doutent et cherchent à se faire une opinion sur la nécessité de l'armée, soustendue par une volonté de défense et de sécurité garantissant notre indépendance.

Le contenu de ce livre, écrit par l'un des meilleurs spécialistes actuels en la matière, a le mérite d'ouvrir le débat. Il nous interdira à coup sûr de déclarer dans quelques mois ou dans quelques années: «Nous ne savions pas.»

Jean-Jacques Langendorf est historien militaire et écrivain. Il est maître de recherches à l'Institut de stratégie comparée de Paris. Son dernier ouvrage, «Le général Guisan et l'esprit de résistance» (Bière 2010) en collaboration avec Pierre Streit, a rencontré un large écho. Il est également l'auteur du livre «Le général et le peuple suisse» (Bière 2008) et le traducteur de l'ouvrage «La Suisse face aux nazis» de Stephen P. Halbrook (Bière 2011), ainsi que de nombreux ouvrages politiques.

Heinrich L. Wirz

Jean-Jacques Langendorf: Capitulation ou volonté de défense? La Suisse face à un défi. Préface de Christian Lüscher. 80 pages, broché. Editions Cabédita, Bière 2011. ISBN 978-2-88295-621-7. Prix de vente: Fr. 19.–

1712: Tödlichste Schlacht zwischen Schweizern

Eidgenossen kämpfen um ihres Glaubens Willen

Hans Luginbühl, Anne Barth-Gasser, Fritz Baumann, Dominique Piller: 1712 – Zeitgenössische Quellen zum Zweiten Villmerger- oder Toggenburgerkrieg.

Geleitwort von Jürg Stüssi-Lauterburg.

231 Seiten, zahlreiche farbige und schwarzweisse Abbildungen, in Leinen gebunden. Beilage: Karte Freiamt von 1714 als Nachdruck.

Verlag Merker im Effingerhof, Lenzburg 2011.

ISBN 978-3-85648-139-1

Verkaufspreis: Fr. 49. –

«Jahrhunderte alte Gegensätze entluden sich in diesem blutigen Kampf zwischen den protestantischen Städten Zürich und Bern und den katholischen Orten der Innerschweiz.»

Das anschauliche und gediegen gestaltete Quellenwerk über einen zu Unrecht vergessenen Bürgerkrieg verdient weite Verbreitung. Es dokumentiert das politische sowie das militärstrategische und -taktische Geschehen von 1712 mittels zeitgenössischer Aufschreibungen und Abbildungen. Worum ging es beim Zweiten Villmerger- oder Toggenburgerkrieg? Die Alte Eidgenossenschaft der Dreizehn Orte bestand seit 1513 aus Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug, Glarus, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, Appenzell. Sie war seit der Reformation – ab 1523 in Zürich – in zwei Lager gespalten: einerseits die protestantischen Stände unter Führung von Bern und Zürich und andererseits die katholischen Orte.

Die Religion bestimmte die eidgenössische Politik und verursachte Spannungen vorab in den gemischt konfessionellen Gebieten. Zudem schränkte die politische Vormacht der Innerschweizer Orte die Handlungsfreiheit von Zürich und Bern ein, die räumlich durch einen katholischen Korridor zwischen Sins und Zurzach getrennt

waren. Nachdem Zürich 1656 Schwyz den Krieg erklärt hatte, kam es zum Ersten Villmergerkrieg, der mit einer Niederlage der Reformierten – Bern und Zürich – endete. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts ging es ausserpolitisch darum, die im Westfälischen Frieden von 1648 erlangte Neutralität zu bewahren. Innenpolitisch blieb der konfessionelle Gegensatz bestimmend.

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts waren die europäischen Grossmächte im Spanischen Erbfolgekrieg gebunden. So konnte der Zweite Villmergerkrieg entstehen, angefangen mit einem Streit zwischen dem Abt von St. Gallen und seinen Untertanen im Toggenburg. Zwei Drittel der Bevölkerung waren reformiert, aber die katholische Minderheit war politisch überlegen. Die religiösen Wirren weiteten sich zum Krieg aus, in den auf Seite von Zürich und Bern, verstärkt durch Genf, Neuenburg und Toggenburg, auch Teile Graubündens eintraten, wogegen die anderen sieben Stände neutral blieben.

Auf der Gegenseite standen die Fünf Orte der Innerschweiz und die Fürstabtei St. Gallen, die von Gemeinen Herrschaften unterstützt wurden, insbesondere von Baden und den Freien Ämtern. Nach einem Feldzug in die Ostschweiz und zahlreichen Gefechten kam es bei Villmergen zur fünfständigen Entscheidungsschlacht mit über 4000 Gefallenen und im Fluss Bünz Ertrunkenen. Dieser vierte und verlustreichste schweizerische Glaubenskrieg brachte die Eidgenossenschaft näher an ihre Auflösung als mancher davor und danach. Die zahlenmässig unterlegenen, aber dank neuer Taktik und Waffentechnik

siegreichen Orte Zürich und Bern diktierten im Vierten, Anfang August 1712 in Arau unterzeichneten Landfrieden den Verlierern ihre machtpolitischen Forderungen und begründeten damit ihre künftige Vorherrschaft.

Heinrich L. Wirz

AUF DEN FLUREN DIESER GEMEINDE ANNO *1656* IM HIMMELRYCH ANNO *1712* IN DEN LANGELN SCHLUGEN SICH EIDGENÖSSISCHE BRÜDER UM IHRES GLAUBENS WILLEN LASST UNS HEUTE IHRER IN LIEBE GEDENKEN / UND LASST UNS NIE MÜDE WERDEN ZU VERSÖHNEN / WO IMMER ENTZWEIHUNG DROHT DAS WALTE GOTT VILLMERGEN IM JAHRE *1959*

Inscription auf dem Denkmalstein



**Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates
will eine Verstärkung des Grenzwachtkorps
(Medienmitteilung vom 15.11.2011, Auszug)**

Mit 12 zu 12 Stimmen (und Stimmenscheid des Präsidenten) beantragt die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates, die Gesetzgebung so zu ändern, dass die Sicherheit der Angehörigen des Grenzwachtkorps und der Bevölkerung in den Grenzgebieten gewährleistet ist. Zudem soll dem Grenzwachtkorps das für die Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderliche Personal bereitgestellt werden. In den Augen der Kommissionsmehrheit besteht in den Grenzgebieten ein erhebliches Sicherheitsdefizit, dem entgegengewirkt werden muss. Der Bundesrat hat

zwar bereits verschiedene Massnahmen getroffen, doch ist die Mehrheit der SiK-N der Meinung, dass die im Februar 2011 festgestellten Mängel noch nicht vollständig behoben worden sind. Nach Auffassung der Minderheit hätten vor einer Beschlussfassung die Ergebnisse der Analyse zur Klärung der Kompetenzen im Bereich der inneren Sicherheit abgewartet werden müssen, die der Bundesrat in Erfüllung des Postulats Malama (10.3045) in Auftrag gegeben hat. Die Kommission hat somit der parlamentarischen Initiative Reymond (10.515) Folge gegeben.

**Neuerscheinungen /
Nouveautés / Novità editoriali**



Helmut Stalder: Verkannte Visionäre – 24 Schweizer Lebensgeschichten. 208 Seiten, farbige und schwarz-weiße Abbildungen, gebunden. Verlag Neuer Zürcher Zeitung, Zürich 2011. ISBN 978-3-03823-715-0 Verkaufspreis: Fr. 48.–



François Loeb (Hrsg.): Parlamentsgeschichten. Histoires du Parlement. Storie dal Parlamento. Istorgias dal Parlamaint. 208 Seiten, broschiert. Stämpfli Verlag, Bern 2011. ISBN 978-3-7272-1144-7 Verkaufspreis: Fr. 24.80



**«Pro Militia»:
in eigener Sache**

Liebe Leserinnen und Leser

Nach einem halbjährigen Einsatz für «Pro Militia» ist Herr Beni Gafner in den Tagesjournalismus zurückgekehrt.

Chefredaktor ab der vorliegenden Ausgabe ist Herr Reinhard Wegelin (1967). Der Ostschweizer ist Diplombibliothekar und hat mit dem Lizentiat in Allgemeiner Geschichte, Allgemeinem Staatsrecht und Politischen Wissenschaften abgeschlossen. Er war redaktionell bei mehreren Zeitungen tätig und ist seit 2010 Redaktor beim Newsportal politik.ch in Ebmatingen ZH.

André Liaudat,
Präsident von Pro Militia.

**Changements d'adresse
Appel à nos lecteurs**

Après l'expiration de l'ordre pour faire suivre votre courrier, La Poste nous renvoie votre exemplaire du journal «Pro Militia» sans indiquer votre nouvelle adresse. Veuillez donc indiquer votre changement d'adresse par E-mail ou courrier à l'adresse figurant à l'impression (à la page 8 en-bas)! Vous vous assurez ainsi la bonne réception de votre journal «Pro Militia». (red.)

**Adressänderungen
Aufruf an unsere Leserschaft**

Die Post sendet nach Ablauf der Nachsendefrist das an Sie adressierte Exemplar der Zeitung «Pro Militia» zurück und meldet uns Ihre neue Adresse nicht mehr. Bitte teilen Sie daher Ihre allfälligen Adressänderungen frühzeitig an die im Impressum (Seite 8 unten) angegebene E- oder Post-Adresse mit! Sie sichern sich damit den lückenlosen Empfang Ihrer Zeitung «Pro Militia». (Red.)

**«Pro Militia»:
Mitgliederbeitrag 2011**

Liebe Leserinnen und Leser

Der Mitgliederbeitrag 2011 von 25 Franken haben viele Mitglieder bereits einbezahlt. Herzlichen Dank! Den säumigen Zahlern wurde in den vergangenen Woche eine entsprechende Mahnung zugestellt. Wir bitten diese, den ausstehenden Beitrag noch einzubezahlen. Wir sehen uns gezwungen, Mitgliedern, die ihren Beitrag bis Ende Jahr nicht bezahlt haben, aus der Adressliste zu streichen.

André Liaudat,
Präsident von Pro Militia.

Ich trete bei / J'adhère / Mi faccio socio

Anmeldetalon nur für Neumitglieder
Uniquement pour de nouvelles admissions
Da utilizzare solo dai nuovi soci

Name / nom / cognome _____
Vorname / prénom / nome _____
Geburtsdatum / date de naissance / data di nascita _____
Strasse Nr. / rue n° / via n° _____
PLZ, Wohnort / NPA, domicile / NPA, domicilio _____
Datum / date / data _____
Unterschrift / signature / firma _____

Bitte einsenden an / renvoyer s.v.p. à:
Pro Militia / Postfach / Case postale 369; 3000 Bern 14
Postkonto / compte postal 30-31912-9

Jahresbeitrag Fr. 25.– / Cotisation annuelle frs. 25.–. Nach Einzahlung meines ersten Jahresbeitrags erhalte ich das Vereinsabzeichen / L'insigne de l'Association me sera envoyé dès le paiement de ma première cotisation annuelle

Dal Ticino e dal Grigioni italiano da spedire p. f. a:
Pro Militia, Sezione della Svizzera Italiana
Alessandra Isotta, Via dei Sindacatori 5, 6900 Massagno
Conto postale 69-1062-5

Tassa sociale annua fr. 35.–. Il distintivo dell'Associazione mi sarà spedito dopo il pagamento della mia prima tassa sociale annua.



Impressum

Nummer/Numéro/Numero
4/2011, 28.11.2011

Abschlussdatum/Date de
clôture/Data di chiusura:
28.10.2011

Druckauflage/Tirage/
Tiratura: 4600

ISSN 1662-5560

21. Jahrgang/21^e année/
21^o annata

Erscheint vierteljährlich/Paraît
trimestriellement/Trimestrale

Nummer/Numéro/
Numero 1/2012

Redaktionsschluss/Délai de
rédaction/Termine di redazione:
20.01.2012

Erscheinungsdatum/Date de
parution/Data di pubblicazione:
20.02.2012

www.promilitia.ch

Herausgeber/Editeur/Editore
Pro Militia

Vereinigung ehemaliger und
eingeteilter Angehöriger der
Schweizer Armee
Association d'Anciens militaires
et de militaires incorporés de
l'Armée Suisse
Associazione di ex militari e di
militari incorporati dell'Esercito
Svizzero

Präsident/président/presidente:
André Liaudat
Vizepräsidenten/vice-présidents/
vice-presidenti: Jean Abt, Simon
Küchler
Presidente Sezione della Svizzera
italiana (SSI): Angelo Polli

**Chefredaktor/Rédacteur en
chef/Caporedattore:**
Reinhard Wegelin, Postfach
3005, 8503 Frauenfeld
079 961 17 88
redaktion@promilitia.ch

Bundeshaus-Redaktor/Corres-
pondant parlementaire/Corri-
spondente parlamentare:
Heinrich L. Wirz, Ritterstrasse 4,
3047 Bremgarten, 031/301 79 13
redaktion@promilitia.ch

Geschäftsstelle/Secrétariat/
Ufficio

Postfach/Case postale/
Casella postale 369
3000 Bern 14
sekretariat@promilitia.ch
Postkonto 30-31912-9

**Druck und Versand/Impres-
sion et expédition/Stampa e
spedizione:**
Stämpfli Publikationen AG,
Postfach, 3001 Bern

Copyright © Pro Militia
Alle Rechte vorbehalten /
Tous droits réservés /
Tutti i diritti riservati



Mitglied der Vereinigung Europäische Militärfachpresse
Membre de l'association de la presse militaire européenne
Membro dell'associazione della stampa militare europea